

# Die Umschau

auf dem Gebiete des Zoll- und Steuerwesens.

Erscheint wöchentlich.

**Preis**  
vierteljährlich 1,75 M., Welt-  
postverein 2 M.

**Zuschriften**  
an die Redaktion sind zu adressiren:  
Berlin-Rixdorf, Berlinerstr. 42

Bestellungen und Geldsendungen sind  
nur an die Expedition Berlin S.W.  
zu richten.

Man abonniert bei allen Buchhandlungen  
und Post-Anstalten, sowie bei den Ex-  
peditionen in Berlin und Hamburg.

**Zeitschrift für Zoll- und Steuer-Technik und Verwaltung.**

**Offizielles Organ des Verbandes deutscher technischer  
Zoll- und Steuer-Beamten.**

Herausgegeben von **Steuerrath a. D. A. Schneider**  
unter Mitwirkung bewährter Fachmänner.

**Anzeigen**

kosten 15 Pf. die 4 gespaltene  
Petitzelle oder deren Raum.  
Bei Wiederholungen  
billiger.

**Expeditionen:**

Berlin SW., Hagelsbergerstr. 32,  
Hamburg, Speersort 15,  
(Herold'sche Buchhandlung).

Verlag von

**Eugen Schneider, Berlin.**

➡ Nachdruck unserer Artikel ist nur mit genauer Quellenangabe gestattet. ➡

Nr. 12.

Berlin und Hamburg, den 31. März 1898.

17. Jahrgang.

**Inhalt:** Vergleichende Betrachtungen (S. 89). Vervollständigung (S. 91). **Zoll- und Steuer-Technisches:** Zölle: Schiffsbaumaterial  
Eiserne Gewehrläufe, Bambusrohr, Herring-Bone, Schiffsboot (S. 19). Zuckersteuer: Denaturirte Zuckerprodukte (S. 91). Ver-  
minderung des Schreibwerts (S. 91). **Meinungsaustausch:** Zweite Antwort auf die letzte offene Frage (S. 92). Neue offene Fragen  
(S. 92). **Entziehung der Abgaben:** Subsidiarische Haftung einer Dampfschiffahrtsgesellschaft (S. 92). Reichsgerichtskenntnisse (S. 92).  
**Persönliche Dienstverhältnisse:** Beförderungen im Jahre 1897 (S. 92). Kommitirung ins statist. Amt (S. 94). Wohnungsgelb-  
zuschuß (S. 94). **Personalien** (S. 94). **Verschiedenes** (S. 94). Briefkasten, Neue Bücher (S. 95). **Verbandsnachrichten** (S. 95).  
Anzeigen (S. 95).

## Vergleichende Betrachtungen.

Blätter verschiedener Richtung haben vor Kurzem  
folgende Mittheilung gebracht:

Sämmtlichen preussischen Zoll- und Steuerbeamten ist  
ein Erlaß des Finanzministers mitgetheilt wor-  
den, der sich gegen die zunehmenden Vereinsbestrebungen  
innerhalb der Beamtenchaft wendet. Es heisst in dem  
Erlaß: Besonders haben schon seit einiger Zeit diese Be-  
strebungen zur Gründung und allgemeinen Ausbreitung  
von Vereinen geführt, die es sich zur Aufgabe machen, die  
dienstlichen Standesinteressen ihrer Mitglieder zu vertre-  
ten, insbesondere Rangeserhöhungen, Verbesserung des Ein-  
kommens und dienstliche Erleichterungen zu erreichen, sei  
es durch Massenpetitionen, sei es durch Agitation in der  
Presse, wobei mehr oder weniger versteckt zum Ausdruck  
gebracht wird, daß die Verwaltung kein Verständniß für  
den Werth der Leistungen der Beamten und für ihre  
Bedürfnisse oder kein Interesse für die Besserung der Lage  
einzelner Beamtenklassen zeige. Da solchen Vereinsgrün-  
dungen der Gedanke zu Grunde liegt, daß man durch ein  
derartiges Zusammenschließen einen verstärkten und daher  
erfolgreicheren Druck auf die Entschlüsse der Vorge-  
setzten ausüben vermöge, so können sie nicht geduldet  
werden, wenn nicht die Disciplin gelockert werden soll.

Nach dem, was wir über diese Sache in Erfahrung ge-  
bracht haben, ist nicht dieser Erlaß des Finanz-  
Ministers den sämmtlichen Behörden mitgetheilt, sondern  
die Provinzial-Steuer-Direktionen sind angewiesen worden,  
bezgl. Anweisung sekret zu ertheilen und hat dies, wie von  
uns schon zur Sprache gebracht worden, zur Folge gehabt,  
daß viele Behörden weit über die Absicht des Ministers hin-  
ausgingen. So ist z. B. vor dem Lesen der „Umschau“  
gewarnt worden, wovon kein Wort in obigem Erlaß steht.

Uebrigens sollen hinter dem Worte Massenpetitionen  
in den an die unteren Behörden ergangenen Verfügungen  
die Worte: an den Landtag gestanden haben! Davon steht  
in der obigen nachträglichen, zweifellos offiziellen Bekannt-

machung nichts. Es wäre ja auch kaum erklärlich, daß ein  
Ministerium davor warnen sollte, daß Beamte von ihrem  
verfassungsmäßigen Rechte, sich mit Petitionen an den Land-  
tag zu wenden, Gebrauch machen. Das würde sich letzterer  
doch wohl auch verbitten.

Es drängt sich uns die Vermuthung auf, daß man an  
maßgebender Stelle die Ueberzeugung gewonnen hat, mit dem  
geheimen Erlaß einen Mißgriff gethan zu haben, und  
daß man den Eindruck desselben um so mehr zu verwischen  
für nothwendig hält, als die Anschauungen über das Ver-  
einsrecht der Beamten bei den verschiedenen deutschen und  
preussischen Centralbehörden, wie wir bereits früher darge-  
legt haben, ganz verschieden sind, und auch die Mehr-  
heiten der gesetzgebenden Körperschaften darin anderer Mei-  
nung sind.

Es geht dies am deutlichsten aus folgenden Vorkomm-  
nissen hervor:

So ziemlich jeder Minister hat bei den Verhandlungen  
in den gesetzgebenden Körperschaften Klage darüber geführt,  
daß die so gute — zufriedene — treue preussische  
bezw. deutsche Beamtenchaft jetzt anfangs zu agitiren, theils  
durch Vereine, theils durch die Presse und daß die gute —  
zufriedene — treue Beamtenchaft doch vertrauen möge,  
daß ihre Vorgesetzten, — wenn auch nicht gleich, denn dazu  
reichen die Mittel nicht — doch künftig in wohlwollender  
Weise, — soweit angängig, — ihre berechtigten  
Wünsche in Erwägung ziehen würden.

Nach solchen mit Schmeicheln Worten verführten Vertröstun-  
gen wurde stets nur von einigen Stimmen der rechten  
Seite der Häuser „Sehr richtig“ gerufen und Beifall gezollt,  
der übrige Theil der Volksvertretung verhielt sich schweigend,  
und als ferner vom Abgeordneten Lieber im Reichstag der  
Antrag eingebracht wurde, die Zulagen für die Staatssekre-  
täre nicht eher zu bewilligen, als bis die Gehälter der Post-  
unterbeamten erhöht worden seien, ging dieser Antrag mit  
gewaltiger Mehrheit durch.

Der Abgeordnete Schmieding äußerte sich am 18.  
März c. u. A. wie folgt: